

**Die Beurteilung der Kernenergie vor
dem Hintergrund der Klimadebatte**

**Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsumfrage**

Vertraulich!

INHALT

	Seite
Vorbemerkung	1
Weniger Rückhalt für den geplanten Ausstieg – insbesondere vor dem Hintergrund der Klimadebatte	1

<u>TABELLENTEIL</u>	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I

TABELLEN	Tabelle
Beurteilung des Ausstiegsbeschlusses aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022	1
Glaut man, dass der Beschluss bis zum Jahr 2022 tatsächlich umgesetzt wird?.....	2
Sollte Deutschland bei der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien und zusätzlich auf Kernenergie setzen, um möglichst rasch unabhängig von Strom aus Kohle zu werden?	3

ANHANG

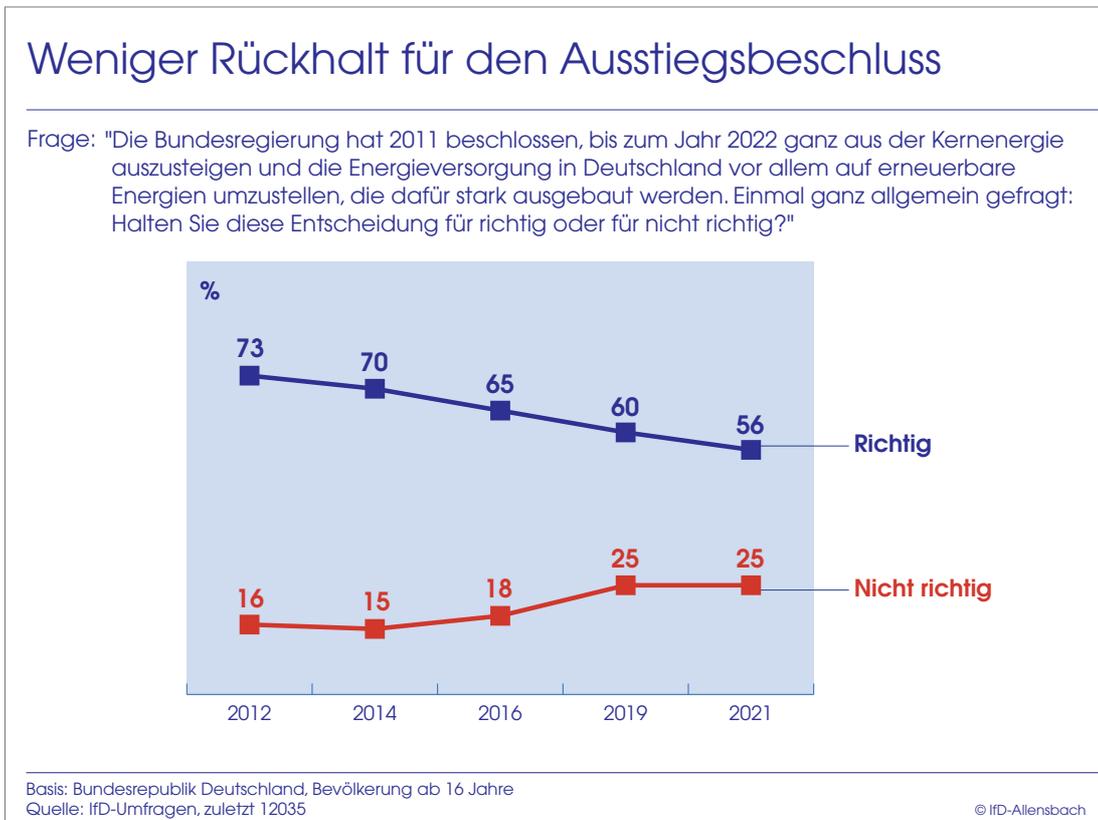
Untersuchungsdaten	
Statistik der befragten Personengruppe	
Fragenbogenauszug mit Anlagen	

Vorbemerkung

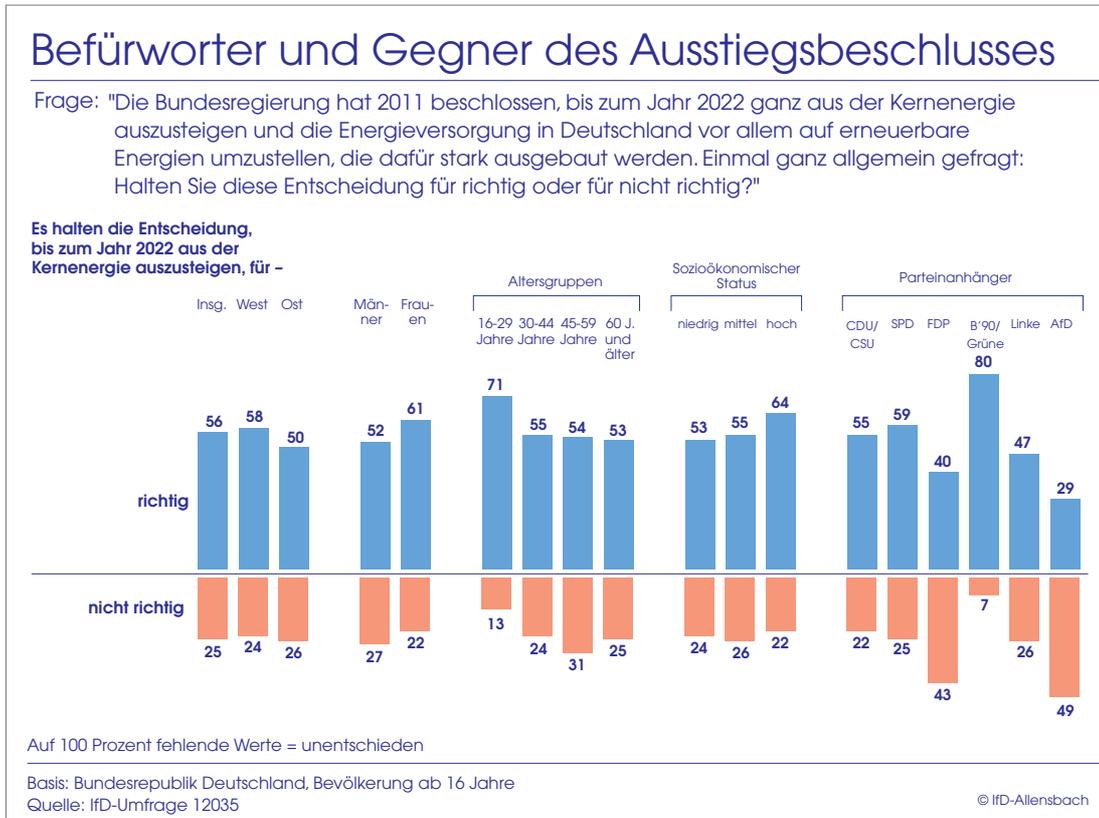
2011 hat die damalige Bundesregierung den Ausstieg Deutschlands aus der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung bis zum Jahr 2022 beschlossen. Gleichzeitig sollte die Energieversorgung weitgehend auf erneuerbare Energiequellen umgestellt werden. Angesichts der aktuellen Klimadebatte und dem kürzlich nochmals verschärften Ziel zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes, ist die Diskussion neu entflammt, ob es tatsächlich sinnvoll ist, bereits 2022 aus der Nutzung der Kernenergie auszusteigen und gleichzeitig weiterhin Strom aus Kohle zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund beauftragte der Nuklearia e. V. in Zusammenarbeit mit Deutscher Arbeitgeberverband e. V. das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu den Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Ausstiegsbeschluss und zur weiteren Nutzung der Kernenergie. Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.027 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden zwischen dem 1. und 13. Mai 2021 mündlich-persönlich (face-to-face) durchgeführt.

Weniger Rückhalt für den geplanten Ausstieg – insbesondere vor dem Hintergrund der Klimadebatte

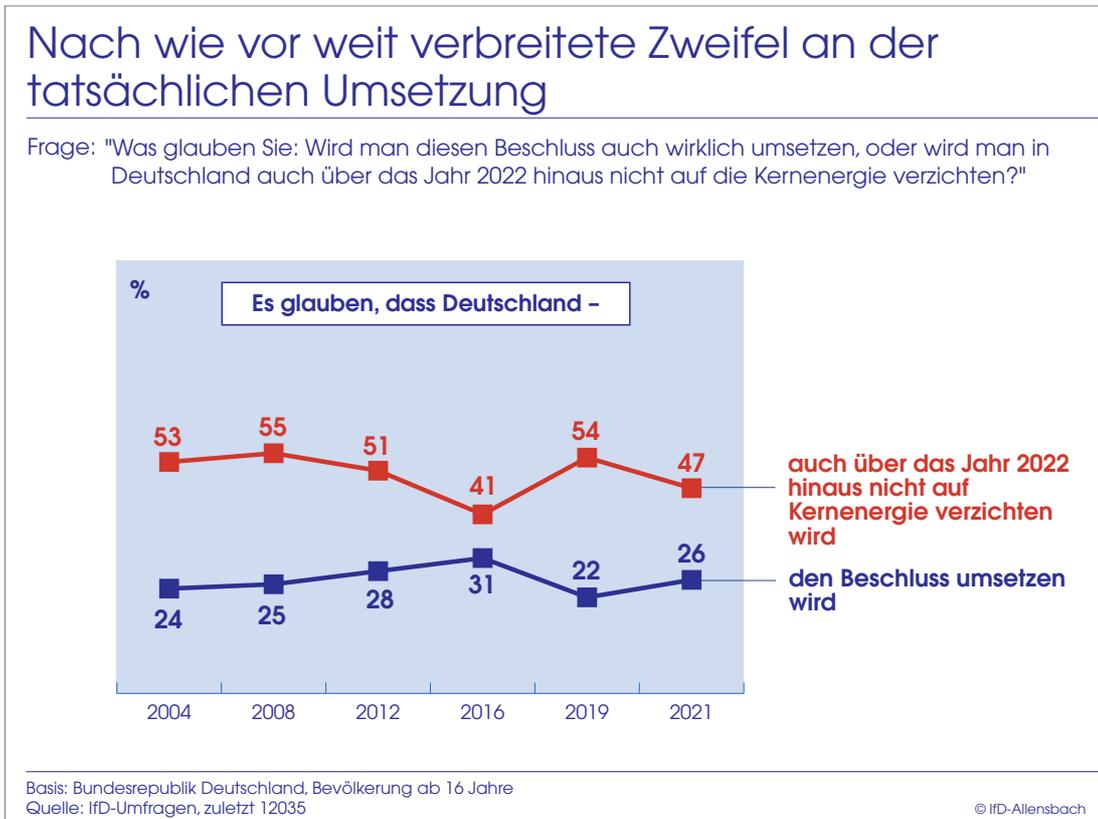
Nach wie vor wird der Beschluss, bis zum Jahr 2022 ganz aus der Kernenergie auszusteigen und die Energieversorgung vor allem auf erneuerbare Energien umzustellen, von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet. 56 Prozent der Bürger unterstützen aktuell die Energiewende, 25 Prozent halten die damalige Entscheidung für nicht richtig. Der Trendverlauf der letzten gut zehn Jahre zeigt jedoch, dass der Rückhalt für den Ausstiegsbeschluss schwindet: 2012 hielten noch 73 Prozent der Bevölkerung die Entscheidung der damaligen Regierung, aus der Kernenergie auszusteigen für richtig, 2014 waren es noch 70 Prozent, 2016 65 und 2019 bereits nur noch 60 Prozent. Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich der Anteil derer, die den Ausstiegsbeschluss kritisch sehen, von 16 auf 25 Prozent.



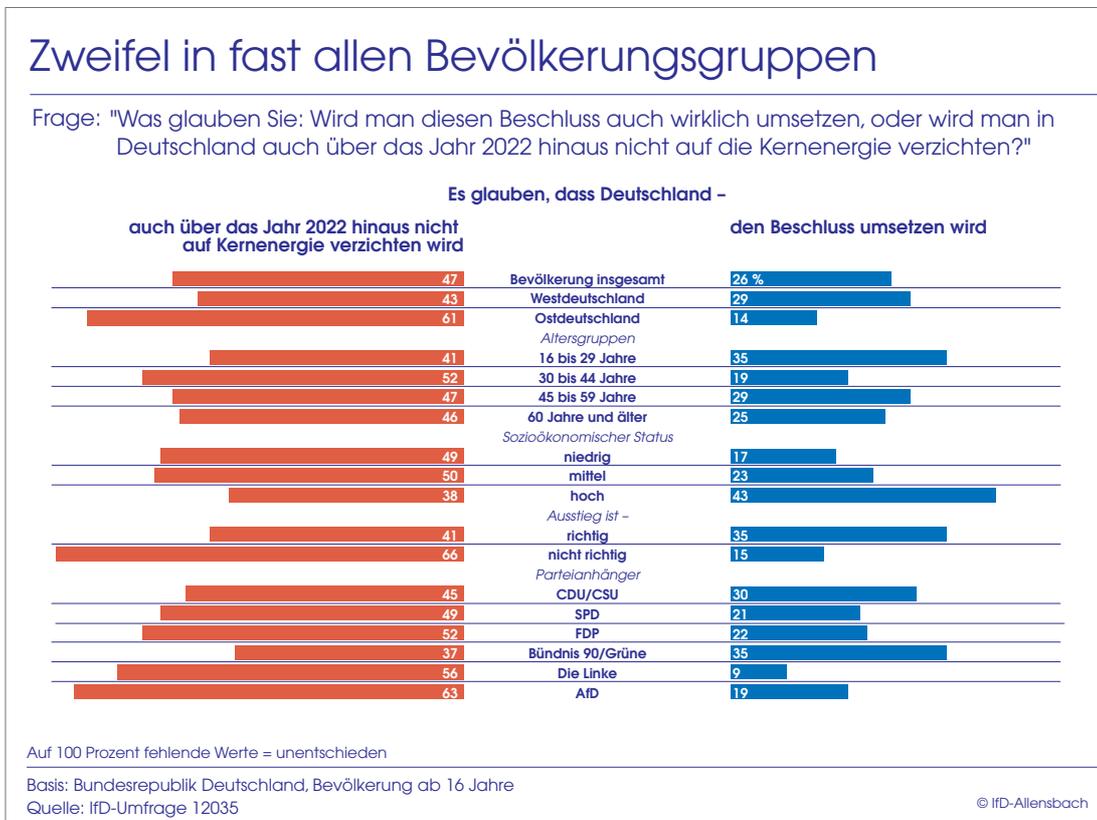
Der Ausstiegsbeschluss wird nach wie vor von fast allen Bevölkerungsgruppen mehrheitlich unterstützt. Überdurchschnittlich groß ist die Unterstützung für den Ausstieg aus der Kernenergie unter Frauen, in den oberen Sozialschichten und vor allem unter Jüngeren und den Anhängern der Grünen. So befürworten 80 Prozent der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sowie 71 Prozent der 16- bis 29-Jährigen den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie. Überdurchschnittlich kritisch bewerten 45- bis 59-Jährige sowie die Anhänger von FDP und AfD den Ausstieg. 43 Prozent der FDP-Anhänger und sogar 49 Prozent der Sympathisanten der AfD sehen den Ausstieg aus der Kernenergie zur Stromerzeugung kritisch.



Obleich der Zeitpunkt für die endgültige Umsetzung des Ausstiegsbeschlusses näher rückt, glaubt unverändert nur eine Minderheit, dass der Beschluss tatsächlich in den vorgesehenen Fristen umgesetzt wird. Die Mehrheit ist seit jeher überzeugt, dass es keinen schnellen Ausstieg aus der Kernenergie geben wird. Der Anteil, der glaubt, dass Deutschland in vergleichsweise kurzer Zeit aus der Kernenergie aussteigen könnte, oszilliert bereits seit dem Beginn der politischen Ausstiegsplanung in der engen Bandbreite zwischen 24 und 28 Prozent. Lediglich 2016 lag der Anteil mit 31 Prozent etwas höher. Auch der für 2022 anvisierte Zeitraum wird von den meisten für unrealistisch gehalten. Aktuell glauben lediglich 26 Prozent, dass Deutschland tatsächlich innerhalb des nächsten Jahres vollständig aus der Kernenergie aussteigen wird; 47 Prozent sind dagegen überzeugt, dass die Kernenergie auch nach 2022 weiter genutzt wird.



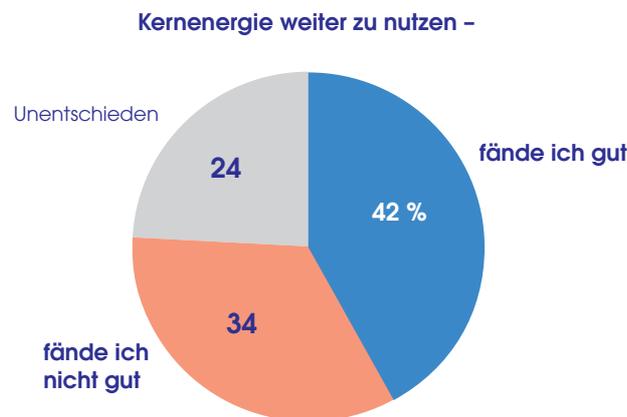
Ausgesprochen große Zweifel, dass der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie innerhalb des nächsten Jahres auch tatsächlich umgesetzt wird, äußern die ostdeutsche Bevölkerung, diejenigen, die den Ausstiegsbeschluss kritisieren, sowie die Anhänger von AfD und Linke. Umgekehrt sind es vor allem die höheren Sozialschichten, die junge Generation, die Befürworter des Ausstiegsbeschlusses sowie die Anhänger der Grünen, die davon ausgehen, dass Deutschland tatsächlich bis zum Jahr 2022 vollständig aus der Kernenergie aussteigen wird.



Vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadebatte und dem nochmals verschärften Ziel, den CO₂-Ausstoß in Deutschland bis zum Jahr 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, ist die Diskussion um den Ausstieg aus der Kernenergie noch einmal neu entbrannt. Da die Energieversorgung derzeit nicht mit erneuerbaren Energien alleine, sondern nur mithilfe von Strom aus Kohleenergie gesichert werden kann, gibt es den Vorschlag, zunächst aus der Kohleenergie auszusteigen und dafür die Kernenergie vorerst weiter zu nutzen. Dieser Vorschlag findet eine bemerkenswert positive Resonanz in der Bevölkerung: Eine relative Mehrheit von 42 Prozent fände es gut, wenn Deutschland bei der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien und zusätzlich auch weiterhin auf die Kernenergie setzt, um somit möglichst rasch unabhängig von der Stromgewinnung aus Kohle zu werden. Nur 34 Prozent der Bevölkerung sprechen sich gegen diesen Vorschlag aus.

Das Klimaargument vergrößert das Lager der Kernenergie-Befürworter erheblich

Frage: "Um bei der Stromerzeugung so wenig CO₂ wie möglich auszustoßen, setzen manche Länder darauf, möglichst rasch aus der Kohleenergie auszusteigen und dafür neben erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenenergie auch weiterhin die Kernenergie zu nutzen. Wie stehen Sie dazu: Fänden Sie es gut, wenn auch Deutschland bei der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien und zusätzlich wieder auf Kernenergie setzt, um möglichst schnell unabhängig von Strom aus Kohle zu werden, oder fänden Sie das nicht gut?"



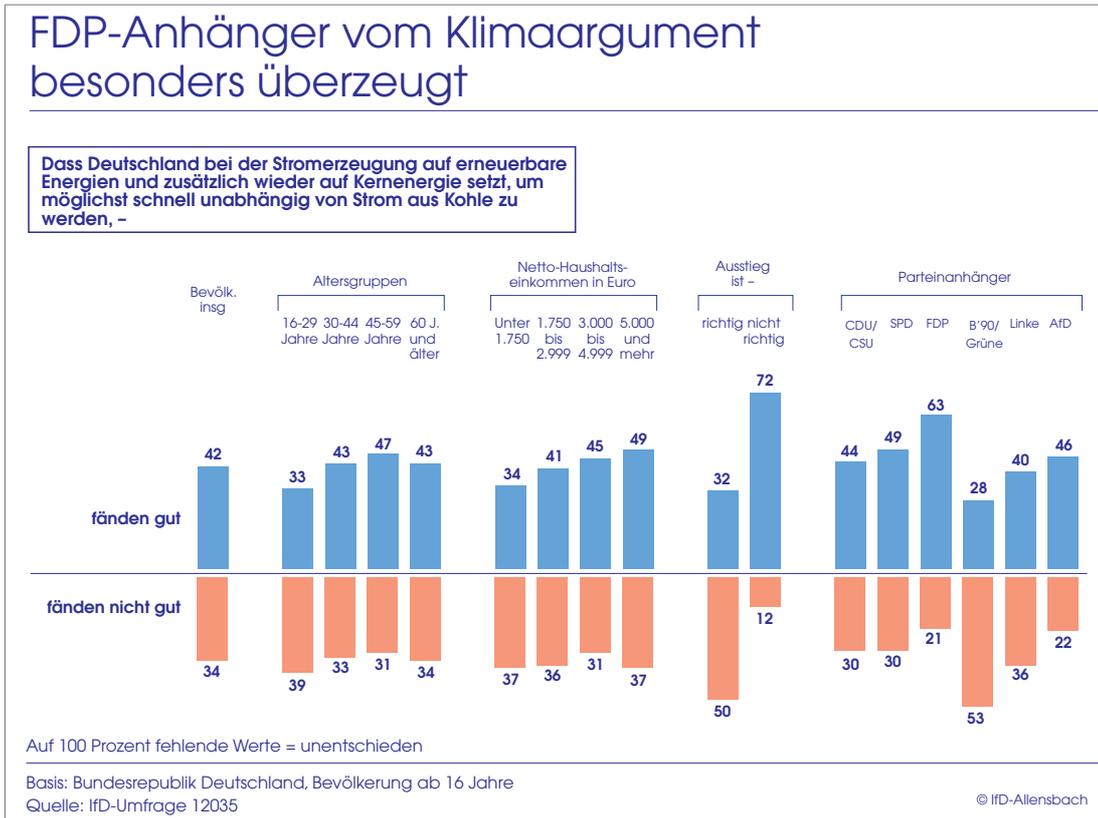
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: IfD-Umfrage 12035

© IfD-Allensbach

Die Detailanalyse zeigt, dass die Aufgeschlossenheit für das Klimaargument mit steigendem Einkommen zunimmt. Gleichzeitig befürworteten erwartungsgemäß vor allem die Kritiker des Ausstiegsbeschlusses den Vorschlag, bei der Stromerzeugung neben den erneuerbaren Energien zusätzlich auf die Kernenergie zu setzen, um den Ausstieg aus der Kohleenergie zu beschleunigen: 72 Prozent der Gegner des Ausstiegsbeschlusses fänden es gut, wenn die Kernenergie weiterhin einen Beitrag zum Energiemix liefert. Interessanterweise können sich aber auch knapp ein Drittel der Befürworter des Ausstiegsbeschlusses für diesen Vorschlag erwärmen; auch wenn bei ihnen mit 50 Prozent die ablehnende Haltung überdurchschnittlich hoch ist. Noch weniger Zustimmung findet das Klimaargument unter den Anhängern der Grünen: Von ihnen lehnen 53 Prozent den Vorschlag ab. Umgekehrt zeigen sich die Anhänger der FDP weit überdurchschnittlich offen für die weitere Nutzung der Kernenergie, wenn dadurch ein zeitnahe Ausstieg aus dem Kohlestrom gelingt: 63 Prozent der

FDP-Anhänger fänden es gut, wenn Deutschland bei der Stromerzeugung zukünftig auf erneuerbare Energien und zusätzlich wieder auf die Kernenergie setzt.

Schaubild 6



Allensbach am Bodensee,
im Mai 2021

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Sozioökonomischer Status

Gebildet aus den Angaben zu –

- Schul- und Berufsbildung
- Berufskreis
- Nettoeinkommen des Hauptverdieners
- Sozialer Schicht nach dem Interviewer-Eindruck

Ausstieg ist –

Antworten auf die Frage: „Die Bundesregierung hat 2011 beschlossen, bis zum Jahr 2022 ganz aus der Kernenergie auszusteigen und die Energieversorgung in Deutschland vor allem auf erneuerbare Energien umzustellen, die dafür stark ausgebaut werden. Einmal ganz allgemein gefragt: Halten Sie diese Entscheidung für richtig oder für nicht richtig?“

Parteianhänger

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten.

TABELLEN

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	West 755 Personen Ost 272 Personen Insg. 1027 Personen
Auswahlmethode:	Repräsentative Quotenauswahl Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen und verschiedene Altersgruppen. Die Auswahl erfolgte disproportional für die west- und ostdeutschen Bundesländer, der Osten wurde mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.
Gewichtung:	Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich west- und ostdeutscher Bundesländer und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.
Repräsentanz:	Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.
Art der Interviews:	Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.
Anzahl der eingesetzten Interviewer:	An der Befragung waren insgesamt 348 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.
Termin der Befragung:	Die Interviews wurden vom 1. bis 13. Mai 2021 geführt.
IfD-Archiv-Nr. der Umfrage:	12035

STATISTIK

der in der Umfrage 12035 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	<u>Umfrage</u> <u>Mai 2021</u>	<u>Amtliche</u> <u>Statistik (*)</u>
	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>		
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13
Baden-Württemberg	13	13
Bayern	16	16
Berlin	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>		
unter 5.000 Einwohner	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>		
Männer	49	49
Frauen	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>		
16 - 29 Jahre	17	17
30 - 44 Jahre	21	21
45 - 59 Jahre	27	27
60 Jahre und älter	35	35
	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2019

STATISTIK

der in der Umfrage 12035 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Umfrage Mai 2021	Amtliche Statistik (*)
	%	%
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>		
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	63	62
Nichterwerbspersonen	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100
<u>BERUFSKREISE (**)</u>		
Arbeiter	12	12
Angestellte	42	41
Beamte	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>		
Verheiratet zusammenlebend	50	50
- Männer	25	25
- Frauen	25	25
Ledig	32	32
Verwitwet	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>10</u>	<u>10</u>
	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>		
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit		
- 1 Person	24	25
- 2 Personen	40	40
- 3 Personen	17	16
- 4 Personen	14	14
- 5 und mehr Personen	<u>5</u>	<u>5</u>
	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2019

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 12035
Mai 2021

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

- | | | |
|---------|---|--|
| 1.
T | "Die Bundesregierung hat 2011 beschlossen, bis zum Jahr 2022 ganz aus der Kernenergie auszusteigen und die Energieversorgung in Deutschland vor allem auf erneuerbare Energien umzustellen, die dafür stark ausgebaut werden. Einmal ganz allgemein gefragt: Halten Sie diese Entscheidung für richtig oder für nicht richtig?" | RICHTIG..... 1
NICHT RICHTIG..... 2
UNENTSCHIEDEN 3 |
| 2.
T | "Was glauben Sie:
Wird man diesen Beschluss auch wirklich umsetzen,
oder wird man in Deutschland auch über das Jahr 2022
hinaus nicht auf die Kernenergie verzichten?" | BESCHLUSS UMSETZEN 1
AUCH DARÜBER HINAUS NICHT
VERZICHTEN 2
UNENTSCHIEDEN 3 |
| 3. | "Um bei der Stromerzeugung so wenig CO2 wie möglich auszustoßen, setzen manche Länder darauf, möglichst rasch aus der Kohleenergie auszusteigen und dafür neben erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenenergie auch weiterhin die Kernenergie zu nutzen. Wie stehen Sie dazu: Fänden Sie es gut, wenn auch Deutschland bei der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien und zusätzlich wieder auf Kernenergie setzt, um möglichst schnell unabhängig von Strom aus Kohle zu werden, oder fänden Sie das nicht gut?" | FÄNDE ICH GUT 1
FÄNDE ICH NICHT GUT 2
UNENTSCHIEDEN 3 |